

**N 001                      DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen

**Internationale Gewerkschaftsbewegung und G20-Prozess**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der am 3. November 2006 in Wien gegründete neue Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat sich in kurzer Zeit zu einem „global player“ entwickelt, der als internationale Stimme der Arbeit in Fragen einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und der Menschen- und Gewerkschaftsrechte zum anerkannten Gesprächspartner von internationalen Organisationen und Regierungen geworden ist. Der IGB vertritt heute 175 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus 311 Mitgliedsorganisationen und 155 Ländern. Er tut dies in enger Abstimmung mit dem Weltrat der Branchenbünde („Global Unions Council“).

Im Zuge der politischen Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entwickeln sich auch neue Strukturen des "Globalen Regierens" („Global Governance“). Wo bisher die wirtschaftsstarken Nationen des Nordens in der Gruppe der G8 die Diskussion bestimmten, beteiligen sich im weiteren Kreis der G20 nun auch die Schlüsselländer des Südens (unter ihnen China, Indien, Brasilien, Indonesien und Südafrika) an den Bemühungen um ein globales Krisenmanagement.

Auf allen bisherigen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G20 waren hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der internationalen demokratischen Gewerkschaftsbewegung präsent und haben für ihre Vorstellungen von einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und der sozialen Gestaltung der Globalisierung geworben. Zu ihren Kernforderungen gehörten dabei u.a.:

- die Stärkung der Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und ihrer völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen und Abkommen
- die Schaffung von mehr und menschenwürdigeren Arbeitsplätzen in einer an Nachhaltigkeit orientierten Weltwirtschaft
- die Reform der internationalen Finanzinstitutionen (IFI - insbesondere Internationaler Währungsfonds und Weltbank) mit dem Ziel größerer Transparenz und Kohärenz und stärkerer Beteiligung der Entwicklungs- und Schwellenländer

Der DGB geht davon aus, dass es in den kommenden Jahren zu einer allmählichen Institutionalisierung des G20-Prozesses kommen wird und diese Staatengruppe, die rund zwei Drittel der Weltbevölkerung und des Weltbruttosozialproduktes repräsentiert, zu einem bestimmenden Akteur im System des "Globalen Regierens" werden wird.

Vor diesem Hintergrund stellt der DGB, gemeinsam mit der internationalen demokratischen Gewerkschaftsbewegung, die folgenden Forderungen an die G20-Gruppe:

- Gewerkschaften gehören an den Verhandlungstisch der G20-Beratungen. Als Vorbild für eine offizielle Beteiligung der Arbeitnehmerorganisationen können jene Sozialpartnerkonsultationen im Rahmen des bisherigen G8-Prozesses herangezogen werden, die zum integralen Bestandteil der Arbeitsministertreffen der G8-Staaten geworden sind.

- Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen ihre politischen Zusagen einhalten, ein neues wirtschaftliches Entwicklungsmodell zu konzipieren, das die Weltwirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringt. Die Krise hat den Irrweg des Marktfundamentalismus der letzten Jahrzehnte deutlich gemacht. Die Zunahme der Ungleichheit in den letzten beiden Jahrzehnten war nicht nur sozial ungerecht, sondern auch die Hauptursache für die makroökonomischen Ungleichgewichte, die die Krise ausgelöst haben. Deregulierte Finanzmärkte und Finanzinnovationen haben nicht zu effizienteren Volkswirtschaften geführt, sondern im Gegenteil die Risiken erhöht. Insbesondere die bewusste weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte durch Handelsabkommen im Rahmen der Globalisierung seit Mitte der 90er Jahre hat sich als Irrweg erwiesen. Durch die dadurch geförderte weltweite Zulassung neuer Finanzprodukte und –dienstleistungen wurde der Weg in die jetzige Finanzkrise überhaupt erst ermöglicht. Sie steht jetzt einer Re-Regulierung der Finanzmärkte im Wege, denn jeder Staat muss hohe Kompensationsforderungen befürchten, wenn er bestimmte gefährliche Finanzprodukte und –dienstleistungen wieder verbieten will. Die WTO-Mitgliedstaaten müssen deshalb in die Lage versetzt werden, ihre im Rahmen des GATS-Abkommens und seines Anhangs über Finanzdienstleistungen eingegangenen Verpflichtungen zur Liberalisierung der Finanzmärkte entschädigungsfrei wieder rückgängig machen zu können. Auch müssen die beispielsweise von der EU und den USA immer noch erhobenen Liberalisierungsforderungen für Finanzprodukte und –dienstleistungen in den bilateralen Handelsverhandlungen mit verschiedenen Staaten und Staatengemeinschaften sofort zurückgezogen werden. Eine Rückkehr zu den üblichen Geschäftsgepflogenheiten, dem „business as usual“, darf es nicht geben. Vielmehr ist es jetzt an der Zeit, ein Modell für die wirtschaftliche Entwicklung zu konzipieren, das die arbeitenden Menschen, die Umwelt und das öffentliche Interesse in den Vordergrund stellt.
- Die in einigen G20-Ländern bereits diskutierten „Ausstiegsstrategien“ (exit strategies), die unter anderem den Rückzug des Staates aus den Finanzmärkten, die Einstellung der geldpolitischen Stimulierungsmaßnahmen und den Abbau staatlicher Defizite hauptsächlich durch die Senkung öffentlicher Ausgaben beinhalten, weisen in die falsche Richtung. Wenn sie dann noch verminderten Kündigungsschutz, mehr Lohnflexibilität, weiter abgesenkte Arbeitslosenunterstützung und Deregulierung mit sich bringen, werden die strukturellen Fehler der vergangenen Jahrzehnte wiederholt. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Zuge solcher Ausstiegsstrategien die arbeitende Bevölkerung und die Steuerzahler zweimal für die Krise zur Kasse gebeten werden – erst für die Rettungs- und Stimulierungsmaßnahmen und dann, indem ihnen die Kosten verminderter kollektiver Rechte auf Sozialleistungen und soziale Sicherheit aufgebürdet werden.
- Der „Globale Beschäftigungspakt“ (global jobs pact) der IAO muss zum Referenzrahmen aller Maßnahmen der G20-Staaten werden, die sich auf Beschäftigungspolitik beziehen. Der auf der IAO-Jahreskonferenz von 2009 verabschiedete Pakt ist ein multidimensionales Programm zur Bewältigung der globalen Beschäftigungskrise, zu dessen Kernelementen die Stärkung der nationalen Nachfrage durch eine entsprechende Lohn- und Einkommenspolitik, der Aufbau von Systemen des Sozialschutzes und die Förderung von qualitativ hochwertigen neuen Arbeitsplätzen in einer nachhaltigen Wirtschaft gehören. Die IAO ist gefordert, ein effizientes Beratungs- und Evaluierungsprogramm zu entwickeln, mit dem die nationalen Umsetzungen des Globalen Beschäftigungspaktes begleitet werden.
- Die G20-Regierungen müssen auf eine progressive Steuerreform hinarbeiten, um die Kosten der Krise gerecht zu verteilen und eine nachhaltige Lösung für die wachsenden Defizite in den Staatshaushalten zu finden. Mit der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen muss ein Instrument geschaffen werden, mit dem die Verursacher der Krise stärker als bisher zur Verantwortung gezogen werden.
- Ein ausgewogeneres Wachstum erfordert die Reform, Regulierung und schärfere Kontrolle der internationalen Finanzinstitutionen. Die Regierungen sollten die Ergebnisse der UN-Konferenz über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung umsetzen. Die Gewerkschaften müssen eine um-

fassende Rolle in den neuen Lenkungs- und Beratungsstrukturen bei internationalen Organisationen spielen und ihre institutionellen Verbindungen zur OECD dabei als Modell nehmen.

- Die G20 muss dem IWF und der Weltbank einen zeitlichen Rahmen für die seit langem überfällige Überprüfung ihrer Lenkungsstrukturen vorgeben. Der DGB und die Internationale Gewerkschaftsbewegung befürworten eine deutliche Aufwertung der Vertretung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern, sowohl bei der Weltbank als auch beim IWF. Die IFI sollten ihre Rechenschaftspflichten verbessern, indem sie es zur gängigen Praxis machen, die Kredite und die damit verbundenen Auflagen vor ihrer Genehmigung publik zu machen und indem sie die kreditnehmenden Regierungen dazu ermutigen, die Vereinbarungen von ihren Parlamenten ratifizieren zu lassen. Darüber hinaus sollten Kreditverhandlungen nicht nur mit den traditionellen Verhandlungspartnern der IFI, nämlich den jeweiligen Finanz- oder Wirtschaftsministerien und den Zentralbanken, geführt werden. Konsultationen mit den Gewerkschaften und anderen interessierten Parteien müssen Teil des Verhandlungsprozesses sein. Ebenso fordert der DGB, dass im „Doing Business Report“ der Weltbank die Respektierung grundlegender Arbeitnehmerrechte endlich zu einem entscheidenden Faktor bei der Platzierung der Staaten in der Rangliste gemacht wird.
- Die G20-Gruppe muss einen politischen Orientierungsrahmen für die soziale und ökologische Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung schaffen. Das Projekt einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften dient diesem Zweck und muss weiterverfolgt werden. Die Agenda für menschenwürdige Arbeit der IAO muss integraler Bestandteil dieser Charta sein, genauso wie die Rechte bei der Arbeit (wie z.B. die Koalitionsfreiheit), die in den Übereinkommen der IAO völkerrechtlich verbindlich kodifiziert sind. Auch die in der G20-Gruppe diskutierte globale Norm für Angemessenheit, Integrität und Transparenz sollte als Bestandteil einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften berücksichtigt werden, wobei darauf zu achten ist, dass diese globale Norm auch die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen beinhaltet.
- Die Bundesregierung muss sich auch im Kontext der G20-Gruppe dafür einsetzen, dass die Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation generell gestärkt wird, sodass sie im Gefüge der UN-Organisationen, aber auch gegenüber den Internationalen Finanzinstitutionen und der Welthandelsorganisation als gleichberechtigter Verhandlungspartner agieren kann. Des Weiteren müssen die Sanktionsmechanismen der IAO verbessert werden.
- Die Gewerkschaften fordern die G20-Regierungen zur Anerkennung der IAO-Kernarbeitsnormen und anderer Standards auf. Wir erinnern außerdem daran, dass soziale Rechte nicht privatisiert werden können. Das bedeutet, dass das Recht auf menschenwürdige Arbeit und sozialen Schutz nicht im Rahmen freiwilliger Initiativen so genannter „sozialer Verantwortlichkeit von Unternehmen“ (corporate social responsibility) abgehandelt werden darf. Die deutschen Gewerkschaften unterstützen zwar auch freiwillige Ansätze, etwa internationale Rahmenvereinbarungen, und beteiligen sich seit langem schon an entsprechenden Beratungsgremien der Bundesregierung, wie etwa dem Runden Tisch Verhaltenskodizes oder dem CSR-Forum. Gleichzeitig halten wir aber am absoluten Vorrang von rechtlich verbindlichen Standards fest.

Die Krise, die in den reichen Industrieländern des Nordens ihren Anfang genommen hat, hat auf die Entwicklungsländer übergreifen. Ein zurückgehendes Handelsvolumen, sinkende Exportpreise, verminderte private Netto-Kapitalströme und ein Mangel an ausländischen Direktinvestitionen verschärfen die ohnehin dramatische Lage in den besonders armen Ländern. Die Ernährungs- und Energiekrisen der vergangenen Jahre sind noch lange nicht überwunden. Mehr als 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nach Prognosen der OECD vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern in den kommenden Jahren zusätzlich in extremer Armut enden, womit die Zahl der arbeitenden Armen weltweit auf 1,4 Milliarden Menschen steigen würde. Am meisten betroffen davon sind die arme Landbevölkerung, landlose Bauern, Wanderarbeiter, Familien mit einem weiblichen Haushaltsvorstand und erwerbstätige Frauen.

Mit den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen hat die Staatengemeinschaft insbesondere bei der Bekämpfung von Armut und Hunger eine eindeutige Vorgabe definiert: Bis zum Jahr 2015 sollte weltweit die Anzahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, halbiert werden. Die aktuelle Krise hat dafür gesorgt, dass die Erreichung dieses Zieles in weite Ferne gerückt ist.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt der DGB seine Forderungen zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit:

- Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen dürfen auch jetzt, in der aktuellen Weltfinanz- und Wirtschaftskrise nicht aufgegeben oder relativiert werden.
- Die Zusagen der reichen Industriestaaten, ihre offizielle Entwicklungshilfe auf ein Niveau von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben, müssen eingehalten werden.
- Die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) müssen ihre kontraproduktiven Strukturanpassungsaufgaben und ihre prozyklische Kreditvergabepolitik aufgeben und den Entwicklungsländern den politischen Spielraum für die Durchführung wirksamer Stimulierungsprogramme lassen.
- Im Rahmen einer tief greifenden Reform der IFI, hier insbesondere im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank, müssen Schwellen- und Entwicklungsländer ein größeres Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht erhalten.
- Menschenwürdige Arbeit muss in den Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit gerückt werden, um menschenunwürdige, informelle und ungeschützte Beschäftigungsformen in den Griff zu bekommen und den weltweiten Trend zur Ausdehnung des informellen Sektors in den Volkswirtschaften zu stoppen.
- Die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen darin unterstützt werden, für die abhängig Beschäftigten elementare Systeme der sozialen Sicherung aufzubauen. Hierzu kann der „Basic Social Floor“, wie er derzeit in der IAO erarbeitet wird, ein wichtiger Schritt sein. Eine Grundsicherung auch für Entwicklungsländer ist möglich, wenn die Regierungen es nur wollen. Außerdem müssen sich alle Unterzeichnerstaaten der IAO-Übereinkommen, auch die Entwicklungs- und Schwellenländer, nicht nur auf dem Papier zu den Kernübereinkommen der IAO bekennen, sondern diese auch in nationale Gesetzgebung umsetzen.
- Die Spekulation mit solchen Rohstoffen ist zu unterbinden, die direkte Auswirkungen auf den Zugang von Millionen Menschen in Entwicklungsländern zu Nahrungsmitteln hat.
- Die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Die dazu erforderlichen Mittel und das technische Know-how müssen von den Industrieländern zur Verfügung gestellt werden.

Die aktive Beteiligung der internationalen Gewerkschaftsbewegung im G20-Prozess bietet nicht nur Chancen der politischen Gestaltung sondern stellt den IGB auch vor die Herausforderung, alle Mitgliedsbünde – nicht nur die aus den G20-Staaten – angemessen zu beteiligen.

Der DGB wird sich deshalb innerhalb des IGB weiter dafür einsetzen, dass die organisationsinterne Debatte über eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung so breit wie möglich geführt wird und alle Mitgliedsorganisationen des IGB umfasst. Hierbei wird den Regionalorganisationen des IGB eine besondere integrierende Rolle zukommen. Globale gewerkschaftliche Einheit war eines der Leitmotive des IGB-Gründungskongresses. Globale gewerkschaftliche Einheit

ist auch im Kontext des G20-Prozesses die Grundvoraussetzung für eine wirksame Vertretung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber Regierungen und internationalen Organisationen.

Diesem Prinzip auch in der Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen, steht als Grundgedanke hinter dem Beschluss des IGB-Gründungskongresses, einmal im Jahr (jeweils am 7. Oktober) zu einem „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ zu mobilisieren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich auch in Zukunft mit eigenen Aktionen und Veranstaltungen an diesem Aktionstag der internationalen demokratischen Gewerkschaftsbewegung beteiligen.